

newsletter

verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	3
Finanzdienstleistungen	3
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	5
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	5
Terminvorschau	6

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Prioritäten der lettischen Präsidentschaft des EU-Ministerrats

Am 1. Januar 2015 hat Lettland im Rahmen einer Triopräsidentschaft den Vorsitz im EU-Ministerrat für das erste Halbjahr 2015 übernommen. Die vorhergehende italienische Ratspräsidentschaft und die nachfolgende luxemburgische Ratspräsidentschaft hatten sich mit Lettland auf ein gemeinsames Programm für 18 Monate geeinigt. Lettland will sich auf die folgenden drei Prioritäten konzentrieren und die entsprechenden Dossiers vorrangig voran bringen: „ein wettbewerbsfähiges Europa“, ein „digitales Europa“ und ein „engagiertes Europa“.

Beim „wettbewerbsfähigen Europa“ geht es insbesondere um ein Investitionsprogramm über 315 Milliarden Euro, die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Errichtung einer Energieunion. Das „digitale Europa“ soll durch Förderung des digitalen Binnenmarkts, besseren Datenschutz und eine Neubelebung des Telekommunikationspakets voran gebracht werden. Das Stichwort „engagiertes Europa“ kennzeichnet eine aktive europäische Außenpolitik. Darunter fallen auch die Verhandlungen zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP).

Alle drei Prioritäten weisen verbraucherpolitisch relevante Komponenten auf. Besonders hervorgehoben werden die Pauschalreiserichtlinie sowie die Vorschriften zur Produktsicherheit und zur Marktüberwachung. Zu den konkreten Vorhaben gehören auch die bereits angelaufene Revision der EU-Öko-Verordnung über die Erzeugung und Kennzeichnung von Bioprodukten, der Rechtsakt zu neuartigen Lebensmitteln sowie die Vorschläge für Tierarzneimittel und Futtermittelzusätze. Im Finanzsektor geht es um die Weiterentwicklung der Bankenunion und die Gewährleistung eines europäischen Zahlungsverkehrs.

https://eu2015.lv/images/PRES_prog_2015_EN-final.pdf (Programm Lettlands auf Englisch)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=de&f=ST%2011258%202014%20INIT> (Trio-Präsidentschaftsprogramm auf Deutsch)

2. Breite Ablehnung von Investorenschutz in Handelsabkommen (TTIP)

Die EU-Kommission hat am 13. Januar 2015 die Ergebnisse einer Konsultation zum Investorenschutz im geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen präsentiert. Die Auswertung der 149.399 Antworten auf die Online-Konsultation zum Investitionsschutz (Investor To State Dispute Settlement, ISDS) im Rahmen der transatlantischen Handels- und Investitionspartner-schaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ergab eine breite Ablehnung. Mehr

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
5. bis 18. Januar 2015

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

als 145.000 Teilnehmer (97 Prozent) lehnten das Abkommen komplett oder den Teil zum Investorenschutz ab.

Die EU-Kommission wies aber darauf hin, dass die 145.000 Antworten über verschiedene Onlinenplattformen von Interessengruppen übermittelt worden seien, auf denen negative Antworten vorformuliert waren. Die EU-Kommission habe aber auch individuelle Antworten von über 3000 Personen und etwa 450 Organisationen erhalten, darunter Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Anwaltskanzleien und wissenschaftliche Einrichtungen.

„Aus der Konsultation geht klar hervor, dass gegenüber dem Instrument der ISDS äußerste Skepsis herrscht“, erklärte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. „Wir müssen mit den Regierungen der EU-Länder, dem Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft eine offene, ehrliche Diskussion über den Investitionsschutz und die ISDS in der TTIP führen, bevor wir dazu irgendwelche politischen Empfehlungen abgeben.“ Die EU-Kommission will im ersten Quartal 2015 entsprechende Konsultationssitzungen durchführen und danach konkrete Vorschläge für die TTIP-Verhandlungen entwickeln. Auch der vzbv hat sich fundiert mit dem Thema auseinandergesetzt und eine Position eingebracht.

zap.vzbv.de/92e0e898-8d44-4be8-ab6a-a3be680c66a5/TTIP-Investorenschutz-EU-Konsultation-Stellungnahme-2014_06_20.pdf

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12999_de.htm

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/january/tradoc_153044.pdf

3. EU-Kommission veröffentlicht TTIP-Verhandlungstexte

Die EU-Kommission hat am 7. Januar 2015 eine Reihe von Verhandlungstexten mit Vorschlägen für rechtliche Bestimmungen in der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) veröffentlicht. Die acht Textvorschläge decken die Bereiche Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit, Zollfragen, technische Handelshemmnisse, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und zwischenstaatliche Streitbeilegung (government-to-government dispute settlement, GGDS) ab. Die

GGDS dient der Beilegung von Streitigkeiten zwischen der Regierung eines EU-Mitgliedstaates und der Regierung der Vereinigten Staaten, sie ist nicht zu verwechseln mit der ISDS (Investor-to-State Dispute Settlement), dem Beilegungsmechanismus von Investor-Staat-Streitigkeiten.

Außerdem stellte die Kommission Positionspapiere der Öffentlichkeit zur Verfügung, in denen der Ansatz der EU in den Bereichen technische Produkte, Fahrzeuge und nachhaltige Entwicklung erläutert werden. Somit sind nun insgesamt 15 Positionspapiere zugänglich. Um Laien den Zugang zu den Onlinedokumenten zu erleichtern, hat die Kommission einen „Leitfaden für den Leser“ (Reader's Guide) veröffentlicht. Dort sind die Texte noch einmal leichter verständlich aufbereitet. Ferner gibt es eine Liste mit Fachbegriffen und Abkürzungen sowie weitere Faktenblätter zu den Zielen und Chancen von TTIP.

„Ich freue mich, dass wir gleich zu Beginn des neuen Jahres aktiv beweisen können, dass wir, wie vor etwas über einem Monat zugesagt, für mehr Transparenz sorgen wollen“, erklärte die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. „Die heutige Veröffentlichung unserer spezifischen Vorschläge für rechtliche Bestimmungen im Rahmen der TTIP ist ein weiteres Novum in der Handelspolitik der EU.“

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12982_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-2980_en.htm

4. Gütersloh: TTIP-Diskussion mit Lutz Güllner (EU-Kommission)

Lutz Güllner, der in der Generaldirektion Außenhandel der EU-Kommission als stellvertretender Referatsleiter für das transatlantische Handelsabkommen TTIP zuständig ist, diskutiert am 29. Januar 2015 unter dem Motto „TTIP – Gefahr für den Arbeitnehmer und Verbraucher oder Chance für den internationalen Handel?“ unter anderem mit dem langjährigen EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU) sowie Gewerkschaftern, Verbraucherschützern und dem Geschäftsführer der IHK Ostwestfalen. Für die Verbraucherseite diskutiert die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen.

<http://www.pro-wirtschaft-gt.de/edi-kreis-guetersloh/veranstaltungen.html>

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Europäischer Gerichtshof fordert Komplettangabe von Flugpreisen

Der Europäische Gerichtshof entschied am 15. Januar 2015, dass ein elektronisches Buchungssystem bei jedem Flug ab einem Flughafen der Europäischen Union von Anfang an den kompletten Endpreis ausweisen muss.

Anlass war eine Klage des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) gegen die Buchungspraxis von Air Berlin im Jahr 2008. Der vzbv monierte, dass Air Berlin in einer Tabelle Preise ohne Steuern, Flughafengebühren oder Kerosinzuschlägen angezeigt habe. Nur für einen ausgewählten Flug sei unterhalb der Vergleichstabelle der wahre Preis zu sehen gewesen. Die vom vzbv erhobene Unterlassungsklage gegen Air Berlin hatte in den ersten beiden Rechtszügen Erfolg. Air Berlin hat daraufhin den Bundesgerichtshof angerufen. Dieser fragt den Europäischen Gerichtshof nach der Auslegung der europäischen Regelung zu Preisen für Flugtickets. Der Europäische Gerichtshof bestätigte nunmehr die Rechtsauffassung des vzbv.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-01/cp150004de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=161390&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&id=339792>

2. Europäisches Parlament ermöglicht GVO-freie Zonen in den EU-Mitgliedstaaten

Das Europäische Parlament stimmte am 13. Januar 2015 mit breiter Mehrheit (480 Stimmen, bei 159 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen) für die Zulassung nationaler Anbauverbote für GVO-Pflanzen (genetisch veränderte Organismen). Damit können in Deutschland Genpflanzen weiterhin verboten werden, auch wenn deren Anbau auf europäischer Ebene zulässig ist. Das Europäische Parlament hat sich im Vorfeld bereits mit dem EU-Ministerrat über den Rechtsakt geeinigt, so dass die Zustimmung des EU-Ministerrats nur noch als Formsache gilt.

„Dieses Abkommen bedeutet mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten, die den GVO-Anbau auf ihrem Hoheitsgebiet einschränken wollen. Diese Entscheidung ist richtungsweisend für die Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern von GVO - eine Debatte, die noch längst nicht zu Ende ist“, sagte die Berichterstatterin, die belgische Liberale Frédérique Ries. „Was die nächsten Schritte betrifft, so vertraue ich nun dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, der zugesichert hat, die Verfahren um die GVO demokratischer zu gestalten und zu gewährleisten, dass die entsprechende Forschung auch wirklich unabhängig ist“, fügte sie hinzu.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150109IPR06306/html/Parlament-erm%C3%B6glicht-GVO-freie-Zonen-in-den-EU-Staaten>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0004+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung und konsolidierter Text)

Finanzdienstleistungen

1. EU-Börsenaufsicht konsultiert zur Umsetzung der neuen Finanzmarktregelungen

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) unterbreitete am 19. Dezember 2014 einen Vorschlag für Technische Regulierungs- und Durchführungsstandards zu den neuen Finanzmarktregelungen. Es geht hierbei um die Neufassung der Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive – MiFID II) und der Finanzmarktverordnung (Markets in Financial Instruments Regulation – MiFIR). Die ESMA nimmt bis zum 2. März 2015 Kommentare entgegen. Nähere Einzelheiten finden sich auf der Internetseite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Meldung/2014/meldung_141219_esma_konsultation_mifid.html;jsessionid=DE80A9DDB1B373E222BC326E7B3F2DE4_1_cid372

<http://www.esma.europa.eu/consultation/Consultation-MiFID-II-MiFIR>

2. EU-Versicherungsaufsicht kritisiert mangelnden Verbraucherschutz

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) hat einen Bericht zu Verbrauchertrends in der EU veröffentlicht. Für den Bericht hatte EIOPA Beschwerden ausgewertet, die Verbraucher an die nationalen Aufsichtsbehörden gerichtet hatten. Kritisiert werden insbesondere eine unzureichende Transparenz, etwa bei Kosten und Gebühren, und irreführende Angaben in der Werbung. Zudem sollten Versicherungsprodukte besser vergleichbar sein. Darüber hinaus stellte EIOPA in einigen Mitgliedstaaten Probleme bei der Regulierung von Ansprüchen durch Versicherungsunternehmen fest. Dies betrifft sowohl die Höhe der Entschädigungsleistungen als auch die grundsätzliche Erfüllung der Ansprüche, aber auch allgemeine Zahlungsverzögerungen, vor allem bei Kraftfahrzeug-Versicherungen.

https://eiopa.europa.eu/Publications/Reports/EIOPA-BoS-14-207-Third_Consumer_Trends_Report.pdf

Gesundheit / Ernährung

1. EU-Kommission verspricht Beibehaltung der Kennzeichnung für Genprodukte

EU-Agrarkommissar Phil Hogan bekräftigte am 15. Januar 2015 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, dass gentechnisch veränderte Produkte auch nach Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP) klar gekennzeichnet werden müssen. Bei den Verbraucherschutz-Standards werde es keine Kompromisse geben. „Dass man in Zukunft ein gentechnisch verändertes Produkt nur dann erkennt, wenn man den Strichcode auf der Verpackung scannt, wie die Amerikaner das offenbar vorschlagen, entspricht nicht meiner Vorstellung von einer klaren Kennzeichnung und auch nicht den geltenden Regeln. Das ist mit uns nicht zu machen.“

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-agrarkommissar-zu-ttip-gentechnik-muss-klar-erkennbar-bleiben-1.2305089>

2. EU-Kommission tritt für Schutz regionaler Spezialitäten in TTIP-Verhandlungen ein

Die EU-Kommission trat am 6. Januar 2015 Medienberichten entgegen, wonach Spezialitäten wie Lübecker Marzipan, Gouda-Käse und Tiroler Speck bald aus Amerika kommen könnten. Die EU-Kommission wolle den Schutz geografischer Ursprungsangaben durch das transatlantische Handelsabkommen TTIP mit den USA verbessern, nicht verschlechtern. Es geht nicht darum, die Qualitäts- und Schutzstandards in Europa abzusenken, sondern im Gegenteil den Schutz europäischer regionaler Spezialitäten auch im amerikanischen Markt auszudehnen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12980_de.htm

3. EU-Kommission hebt Rezeptpflicht für „Pille danach“ auf

Die EU-Kommission ist am 7. Januar 2015 einer Empfehlung der Europäischen Arzneimittelagentur (European Medicines Agency, EMA) gefolgt und hat die Rezeptpflicht für das Medikament EllaOne aufgehoben. Diese „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Ulipristalacetat wurde bereits 2009 im zentralen europäischen Zulassungsverfahren zum Verkauf in der EU zugelassen, war bisher aber nur auf Rezept erhältlich. EllaOne dient der Empfängnisverhütung und kann bis zu fünf Tage nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr oder einer Panne mit anderen Verhütungsmitteln eingenommen werden. Im November 2014 hatte die EMA empfohlen, die Rezeptpflicht für EllaOne aufzuheben. Ein weiteres Präparat ist PiDaNa.

Das Bundesgesundheitsministerium hat am 8. Januar 2015 mitgeteilt: „Wir werden der Entscheidung der Kommission folgen und das deutsche Recht für beide Präparate, die derzeit auf dem Markt sind, schnellstmöglich anpassen.“ Da aber keine Beratung durch Ärzte mehr vorgenommen werde, sei eine qualitativ gute Beratung in den Apotheken der richtige Weg. Wie genau man verfare, solle noch beraten werden. Das Bundesgesundheitsministerium werde jetzt die Frauenärzte, die Apotheken und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte dazu einladen, gemeinsam Kriterien für eine qualitativ hochwertige Beratung zu entwickeln.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12984_de.htm

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/medizin/eu-kommission-pille-danach-wird-ohne-rezept-abgegeben-13359434.html>

4. Mobiles Gesundheitswesen erfordert besseren Datenschutz

Die EU-Kommission veröffentlichte am 13. Januar 2015 die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation zum mobilen Gesundheitswesen. Zwar nutzen immer mehr Europäer mobile Geräte, um ihre Gesundheit zu überprüfen oder um sich von Gesundheitsexperten beraten zu lassen. Es gebe aber eine Reihe von Hürden, die verhinderten, dass sich das mobile Gesundheitswesen (mHealth) vollständig entfalten könne. Über 200 Beiträge von Behörden, Gesundheitsdienstleistern, Patientenorganisationen und Internetunternehmen wurden für die Konsultation eingereicht. Die meisten Beiträge wollen mit einer strengeren Privatsphäre und Sicherheitstools, wie zum Beispiel Datenverschlüsselung und Autorisierungsmechanismen, das Vertrauen der Nutzer stärken. Die Hälfte der Beiträge fordert einen stärkeren Datenschutz und strengere Regeln für die Geräte, die bei der mobilen Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen verwendet werden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13002_de.htm

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Studie zu Netzwerkneutralität in der Europäischen Union und in den USA

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments stellte eine Studie zu den Herausforderungen für die Netzwerkneutralität in der Europäischen Union und in den USA vor. Analysiert werden technologische, wirtschaftliche und politische Aspekte. Die Studie liefert Hintergrundmaterial zu der laufenden Diskussion über das Telekom-Paket.

http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2014/518751/I-POL_STU%282014%29518751_EN.pdf

2. Twitter @EUinDE: Datenschutz-Chat mit Paul Nemitz (EU-Kommission)

Anlässlich des Europäischen Datenschutztages steht am 26. Januar 2015 Paul Nemitz, Direktor für Datenschutz und Unionsbürgerschaft in der Generaldirektion Justiz der EU-Kommission, auf dem [Twitter-Account der Vertretung der Europäischen Kommission EUinDE](#) unter dem Hashtag #EUdatenschutz in deutscher Sprache Rede und Antwort zum Thema Datenschutz in der Europäischen Union.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/terminvorschau_de.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Verbraucher können leichter gegen ausländische Händler vorgehen

Seit 10. Januar 2014 werden in einem Mitgliedstaat erlassene gerichtliche Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen überall in der Europäischen Union sofort vollstreckbar. Das schwerfällige und kostspielige Anerkennungsverfahren („Exequaturverfahren“) wird abgeschafft. Außerdem genießen Verbraucher künftig einen besseren Schutz, wenn sie bei Händlern aus Nicht-EU-Ländern einkaufen, die Waren in einem EU-Mitgliedstaat verkaufen. Nach den neuen Vorschriften kann der Verbraucher bei solchen Streitigkeiten das Gericht in seinem Wohnsitzland anrufen. Ein Gerichtsverfahren im Drittland bleibt den Betroffenen somit erspart.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3080_de.htm

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:351:0001:0032:de:PDF>

2. EU-Kommission sieht Zusammenschluss von GEMA mit anderen Rechteverwertern kritisch

Die EU-Kommission hat eine eingehende Untersuchung der geplanten Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die drei Rechteverwertungsgesellschaften GEMA in Deutschland,

PRSfM in Großbritannien und STIM in Schweden eingeleitet. In ihrer ersten Einschätzung ist die EU-Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass die Zusammenlegung der derzeit von PRSfM, STIM und GEMA kontrollierten Musikrepertoires zu höheren Gebühren und schlechteren Geschäftsbedingungen für die Anbieter digitaler Dienstleistungen und zu höheren Preisen und geringerer Wahlfreiheit der europäischen Konsumenten von Online-Musik führen könnte.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13009_de.htm

Terminvorschau

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (19. Januar 2015)

Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und –information“ (19. Januar 2015)

Richtlinie über Pauschal- und Bausteinreisen.

Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (19. Januar 2015)

Informationsmanagement-Strategie.

Ratsarbeitsgruppe „Luftverkehr“ (19. Januar 2015)

Vorschlag für eine Änderung der Verordnung über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und der Verordnung über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (20. Januar 2015)

Netzwerk- und Informationssicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittel“ (20. Januar 2015)

Neuartige Lebensmittel (Novel Food).

Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittelqualität – ökologischer Landbau“ (22./23. Januar 2015)

Erzeugung und Kennzeichnung von Bioprodukten.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (26. Januar 2015)

Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (26. Januar 2015)

Festlegung eines Mehrjahresplans für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die Fischereien, die diese Bestände befischen; Umsetzung der Anlandeverpflichtung; Arbeitsprogramm des Vorsitzes; Russisches Einfuhrverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Informationen der Kommission); Die Zukunft des Zuckersektors (Antrag der italienischen Delegation).

Rat Wirtschaft und Finanzen - Ecofin (27. Januar 2015)

Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (Billigung der endgültigen Fassung des Kompromisstextes); Aufhebung der Richtlinie vom 25. Februar 1993 über die Unterstützung der Kommission und die Mitwirkung der Mitgliedstaaten bei der wissenschaftlichen Prüfung von Lebensmittelfragen (Aufhebung von überholtem Rechtsakt); Aussprache über die Arbeitsprogramme des Vorsitzes und der EU-Kommission.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (28. Januar 2015)

Referenzzinsen (Benchmarks).

Europäisches Parlament

Rechtsausschuss (19./20. Januar 2015)

Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden in der EU; Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen und Europäisches Mahnverfahren; Förderung der langfristigen Einbeziehung der Aktionäre; Empfehlungen an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP); Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft; EU-Aktionsplan für einen neuen Konsens über die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten; Die mögliche Ausdehnung des Schutzes der geografischen Angaben der Europäischen Union auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse

Ausschuss für Kultur und Bildung (19./20. Januar 2015)

Der europäische Film im digitalen Zeitalter; EU-Aktionsplan für einen neuen Konsens über die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (21. Januar 2015)

Geldmarktfonds; Strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union; Berichterstattung und Transparenz bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften; Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (21./22. Januar 2015)

Änderung der Richtlinie über die Qualität von Kraftstoffen und der Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen (indirekte Landnutzungsänderung); Empfehlungen an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP); Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit; Ursprungskennzeichnung von Fleisch in verarbeiteten Lebensmitteln; Verbot der Treibnetz Fischerei; Änderung der Richtlinien über Abfälle, Verpackungen und Verpackungsabfälle, Abfalldeponien, Altfahrzeuge, Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte; Öffentliche Anhörung zum Legislativpaket „Abfall“.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (21./22. Januar 2015)

Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit; Studie zu dem Thema „Auswirkungen der TTIP auf die Energiemärkte und das verarbeitende Gewerbe in Europa“, Vorstellung durch Koen Rademaekers, Triple Consulting; Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Interoperabilitätslösungen für europäische öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger“.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (21./22. Januar 2015)

Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik; Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit; Vereinfachung der Überführung von Kraftfahrzeugen, die in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen sind, innerhalb des Binnenmarkts; Barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen; Pauschal- und Bausteinreisen.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (21./22. Januar 2015)

Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen; Aussprache zu dem Thema „Gegen unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette“; Stellungnahme zu einem Bericht über die TTIP-Verhandlungen; Workshop zu dem Thema „Reformen der EU-Rechtsvorschriften im Obst- und Gemüsesektor“; Aussprache mit Livia Pomodoro, Vorsitzende des „Milan Center for Food Law and Policy“ (Zentrum für Lebensmittelrecht und -politik Mailand).

Fischereiausschuss (21./22. Januar 2015)

Aussprache darüber, wie die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei in Bezug auf weitere Länder im Voraus erkannt werden kann; Aussprache mit Karmenu Vella, Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für maritime Angelegenheiten und Fischerei, über die Prioritäten im Bereich Fischerei und über aktuelle Angelegenheiten wie das Rückwurfverbot und Treibnetze.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (21./22. Januar 2015)

Nachbereitung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur Spionagetätigkeit des US-Geheimdiensts NSA; Emp-

fehlungen an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP);

Plenum (28. Januar 2015)

Erklärungen von EU-Ministerrat und EU-Kommission zu einem Fahrplan für ein internationales Klimaabkommen in Paris

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (21./22. Januar 2015)

Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln; Wirksame, zugängliche und belastbare Gesundheitssysteme; Für eine florierende datengesteuerte Wirtschaft; Überempfindlichkeit gegen elektromagnetische Felder (Initiativstellungnahme); Soziale Innovation, Netzwerkarbeit und digitale Kommunikation (Initiativstellungnahme); Lage nach dem Auslaufen des Milchquotensystems 2015; Arzneifuttermittel und Tierarzneimittel; Folgenabschätzung der Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung (BNE) zur Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, erläutert von: Lutz RIBBE, Vorsitzender der BNE und Berichterstatter (Gruppe Sonstige Interessen, Deutschland).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in den verbundenen Rechtssachen C 482/13, C-484/13, C-485/13 und C-487/13 (21. Januar 2015)

Schutz von spanischen Hypothekenschuldnern vor missbräuchlichen Vertragsklauseln.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)